



## **Digitalpakt – „ein Ende, welches man erwarten konnte“**

Am vergangenen Donnerstag lief der Digitalpakt aus – ein Großinvestitionsprogramm des Bundes, um das in der Digitalisierung hinterherhinkende Schulsystem auf Vordermann zu bringen. Ein Großinvestitionsprogramm, welches bereits in den ersten Jahren in die Kritik geriet, wegen des hohen Verwaltungsaufwands für Schulen und Kommunen. Ein Großinvestitionsprogramm, welches fünf Jahre lief und in denen es die Verantwortlichen nicht hinbekommen haben, ein offensichtlich notwendiges Nachfolgeprogramm zu entwickeln. Das finden wir enttäuschend. Von vielen Verantwortlichen im Bildungssystem wurde bereits früh angemahnt, dass dieser Punkt kommen wird. Die Folge davon ist nun Unsicherheit darüber, ob und in welcher Form notwendige Investitionen weiterlaufen oder kommen können.

Die Verantwortlichen sollten sich also nun schnellstmöglich auf ein Nachfolgeprogramm einigen. Dabei sind allerdings Änderungen im Vergleich zum Vorgänger notwendig, um die bisherigen Fehler zu vermeiden. Konkret sollten die Gelder stärker in Infrastruktur investiert werden können. Sowohl die Entwicklung neuer als auch der Ankauf bestehender Software sollte dabei möglich sein, wobei besonders hier viele Möglichkeiten für länderübergreifende Vorhaben vorangetrieben werden sollten, um die Kosteneffizienz zu steigern. Besonders im Kontext von Künstlicher Intelligenz besteht hier aus unserer Sicht viel Potenzial. Gleichzeitig wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, wenn endlich unter den Ländern einheitliche Digitalisierungsstandards festgelegt werden, um die 16 verschiedenen Kurse einzufangen und die Zusammenarbeit in der Entwicklung oder Anschaffung zwischen den Ländern zu vereinfachen.

Die Mittelverteilung sollte dabei unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der jeweiligen Kommunen geschehen, um bisher bestehende Defizite auszugleichen und mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Klar ist für uns, dass es keine einheitliche Lösung für alle Schulen gibt. Die Erfahrung vom vergangenen Digitalpakt zeigt aber auch, dass es für viele

Schulen als auch Kommunen ein hoher Verwaltungsakt ist, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten, welches dann individuell geprüft und umgesetzt werden muss.

Deshalb denken wir, dass verschiedene modulare Paketlösungen, welche von den Ländern erarbeitet werden, Entlastung schaffen können und gleichzeitig die notwendige Flexibilität besitzen, um den verschiedenen Ansprüchen der Schulen gerecht zu werden. Dabei könnte gleich eine entsprechende Datenschutzkonformität festgestellt werden, was vor allem für die Schulen zusätzliche Rechtssicherheit schafft. Bei der Auswahl und Anschaffung der verschiedenen Produkte bzw. technischen Lösungen sollten auch die Schüler:innen der jeweiligen Schule miteinbezogen werden, um dem partizipativen Gedanken von Schule Rechnung zu tragen und Fehlkäufe zu vermeiden.

Auch tun sich die verschiedenen Länder immer noch schwer damit, ihre Lehrkräfte angemessen auf die Themen „Nutzung digitaler Mittel im Unterricht“ und „zeitgemäße digitale Bildung für Schüler:innen“ fortzubilden bzw. vorzubereiten im Lehramtsstudium. Für die Entwicklung solcher Fortbildungen und den Aufbau entsprechender Strukturen sollten auch Mittel verwendet werden, da bis jetzt die Lehrkräfte größtenteils alleingelassen werden mit diesen Themen. Auch deswegen werden bis heute nicht die vollen Potenziale der bereits angeschaffenen Geräte ausgenutzt.

Insgesamt sollte den immer schnelleren Entwicklungen der digitalen Welt Rechnung getragen werden. Zum Zeitpunkt der Einführung des Digitalpakts sprach beispielsweise noch kaum jemand von Künstlicher Intelligenz im schulischen Raum und TikTok war keine Plattform, über die politische Extremisten versuchen, Menschen zu beeinflussen, sondern eine App für Tanzvideos. Besonders bei der Medienbildung für die Schüler:innen sollte dies berücksichtigt werden, wobei einerseits über die Potenziale von Medien als Lernwerkzeug, als auch über die Gefahren im digitalen Raum aufgeklärt werden sollte.

Abschließend stellen wir fest, dass alle Beteiligten mit einer größeren Kompromissbereitschaft an die Sache herangehen müssen und zeitnah den Digitalpakt 2.0 in die Wege leiten. Diese notwendige Investition in die Jüngsten und Schwächsten der Gesellschaft darf nicht durch eine übertriebene Sparpolitik behindert werden. Denn wer am Fundament spart, muss mit langfristigen Folgen rechnen.

## Kontakt zu den Landesschülervertretungen

<b>Berlin</b>	<b>Hessen</b>
<b>Mail:</b> vorstand@lsaberlin.de	<b>Mail:</b> post@lsv-hessen.de
<b>Telefon:</b> 0176 55273574	<b>Telefon:</b> 0641 73734